

Den guten Worten müssen nun Taten folgen

Eine bessere Vergütung der hausärztlichen Versorgung und der sprechenden Medizin, die Umsetzung des Masterplans Medizinstudium 2020, mehr Tempo bei der Digitalisierung: Bei einem Blick in den Koalitionsvertrag zeigt sich, dass die neue Regierung für die nächsten dreieinhalb Jahre durchaus die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat.

Gerade mit einem Blick auf die hausärztliche Praxis ist die angekündigte Aufwertung der sprechenden Medizin durch Union und SPD ein wichtiges Signal. Denn die „sprechende Medizin“ mit ihrem Kern, dem Arzt-Patienten-Gespräch, ist für die Patientenversorgung im hausärztlichen Alltag essenziell. Doch die Erfahrung in den Praxen zeigt auch: Das Gespräch kostet, insbesondere bei komplexen Krankheiten, langwierigen Erklärungen zu Therapien oder gar Sprachbarrieren der Patienten, Zeit – und die will vergütet werden. Die neue Regierung hat sich genau das auf ihre To-Do-Liste gesetzt: So soll einerseits die hausärztliche Versorgung selbst, andererseits explizit der Einsatz der sprechenden Medizin besser vergütet werden. Dies beinhaltet auch koordinierende Leistungen, etwa die Terminvermittlung zum Facharzt.

Doch genau an der Stelle dieser versprochenen doppelten Aufwertung zeigt sich: Schöne Vorhaben allein reichen nicht. Den Worten müssen nun Taten folgen. Denn wie genau eine solche Aufwertung aussehen könnte, das war in den Koalitionsgesprächen kein Thema. Und: Zu oft schon wurden Reformen angekündigt, die dann in den Mühlen der Bürokratie oder der ärztlichen Selbstver-



DEUTSCHER
HAUSÄRZTEVERBAND

waltung langsam aber sicher zerrieben wurden.

Wie schnell wichtige Reformen ins Stocken geraten können, zeigt etwa der Masterplan Medizinstudium 2020: Zwar wurde er vor über einem Jahr beschlossen, doch an den Universitäten liegt die Studienreform in großen Teilen brach – und auch die Finanzierung ist noch immer nicht geklärt. Dass sich die neue Regierung die zügige Umsetzung noch einmal in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, zeigt deutlich: Die Reform ist bereits richtig gedacht, nur fehlen bislang die entsprechenden Taten.

Dabei enthält der Koalitionsvertrag durchaus auch Vorhaben, die kritisch zu bewerten sind. Die Erhöhung der Mindestsprechstundenzahl von 20 auf 25 Stunden pro Woche etwa ist eine Scheinlösung, die in der Praxis zu mehr Bürokratie, aber mit Sicherheit nicht zu einer besseren Patientenversorgung führen wird. Solche unnötigen Hürden dürfen nicht zu einem neuen Schreckgespenst für den ärztlichen Nachwuchs werden.

Dies gilt ebenso für die Ausweitung der Terminservicestellen: Um gesetzlich Versicherten einen besseren Zugang zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen, sollen die seit Anfang 2016 tätigen Servicestellen der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) künftig auch haus- und kinderärztliche Termine vermitteln. Hier wartet nicht nur eine neue bürokratische Hürde, wenn das Konzept

analog zur fachärztlichen Versorgung umgesetzt wird: Fachärzte sind angehalten, Termine für die Servicestellen freizuhalten und monatlich zu melden – damit der Patient im schlimmsten Falle gar nicht erscheint. Denn zur Erinnerung: Die Terminservicestellen vermitteln einen Termin binnen vier Wochen – nicht jedoch beim Wunscharzt. Das konterkariert die Idee der hausärztlichen Versorgung, in der der Hausarzt primärer Ansprechpartner seiner Patienten ist. Darüber hinaus ist die Idee der Meldung freier Termine an die KV auch ein völliger Gegensatz zum hausärztlichen Versorgungsalltag. Schon aufgrund zahlreicher Akutfälle ist dieser nämlich kaum planbar. Das zeigt sich nicht zuletzt während der Grippewelle in den Wintermonaten.

In den kommenden Monaten gilt es also, die Vorhaben der neuen Regierung so Realität werden zu lassen, dass sie für die Patienten einen wirklichen Nutzen bedeuten. Scheinlösungen werden bestehende Probleme nicht aus dem Weg räumen. Dort, wo sich im Koalitionsvertrag jedoch richtige Schritte abzeichnen, gilt es diese auch umzusetzen. Immerhin ist die „To-Do-Liste“ der neuen Regierung nicht zuletzt das Dokument, an dem sich auch der neue Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) messen lassen muss.

Jana Kötter
Leitung Politik
„Der Hausarzt“